

Die kulturelle Dimension der deutschen Einheit – immer noch eine aktuelle Frage

Wolfgang Thierse

Im Sommer 1992 habe ich in einem Spiegel-Essay geschrieben: »Es ist geradezu paradox: So wie die deutsche Einigung materiell, ökonomisch gelingen kann, weil sie sich unter der Dominanz des unveränderten Westens vollzieht, so kann sie gerade deswegen im geistigen und menschlichen Bereich mißlingen – wenn wir den Deutschen nicht endlich die Wahrheit zumuten. Mein Wunsch ist deshalb: Könnten wir nicht, da wir Deutschland staatlich vereinigt haben (worüber ich noch immer ganz fröhlich bin), jetzt endlich unsere Wahrnehmungen über dieses Land und seine Probleme vereinigen? Das ist, wie ich bemerke, ein mühseliger und doch zugleich nur ein erster Schritt. Denn nachdem wir die deutsche Welt bisher so verschieden wahrgenommen haben, kommt es doch vor allem darauf an, sie gemeinsam zu verändern – in Ost wie in West!«

33 Jahre später, bei der Bundestagswahl im Februar 2025, erlebten wir ein politisch gespaltenes, übellauniges Land. Die Wahlergebnis-Karte zeigt überdeutlich die alte innerdeutsche Staatsgrenze, der Osten ist blau gefärbt, die AfD überall (außer in Ostberlin) mit Abstand stärkste Partei geworden. Und wieder wird gefragt: Was ist nur los mit dem Osten?¹

Das ist ja schon eine schlechte Übung geworden: Regelmäßig flackert die innerdeutsche Debatte auf, werden Ost-West-Ungereimtheiten, wechselseitige Vorwürfe, Fremdheiten und Widersprüche zum Gegenstand öffentlicher Aufregung. Dabei bleibt zu begreifen: Auch nach 35 Jahren im gemeinsamen Land ist die deutsche Einheit nicht »vollendet«, ist der Prozess der Vereinigung nicht an sein Ende gekommen. Wir wussten doch oder konnten wissen, dass es nicht nur um einen politisch-rechtlichen und ökonomisch-sozialen Prozess geht, sondern dass sein Gelingen auch eine Geschichte menschlicher Begegnung und Verständigung sein wird, sein muss, also ein kultureller Prozess.²

1 Dabei wird übersehen, dass die relativen Zuwächse für die AfD im Westen Deutschlands deutlich größer waren.

2 Darauf habe ich schon in meinem Vortrag »Hat die Kultur eine Chance in der vormaligen DDR?« im Rahmen des XXXIII. Loccumer Kulturpolitischen Kolloquiums »Kulturföderalismus und Kulturförderung. Neue Bundesstaatlichkeit im Kulturstaat Deutschland?« hingewiesen. Der Vortrag wurde in einer erweiterten Fassung abgedruckt in den Kulturpolitischen Mitteilungen, Heft 52, I/1991,

Und dass dieser Teil der schwierigeren, langwierigeren sein wird und ein bis heute un abgeschlossenes Kapitel ist.

Ralf Dahrendorf hat schon 1990 im Blick auf Ostdeutschland geradezu prophetisch folgenden Zeitbedarf prognostiziert: für die Einführung politischer Demokratie und rechtsstaatlicher Verhältnisse – sechs Monate, für den Übergang zur Marktwirtschaft – sechs Jahre, für die Entwicklung einer selbstbewussten Zivilgesellschaft – 60 Jahre! Wir sind also durchaus noch im Zeitrahmen.

Rückblick: Von der begeisterten Gesellschaft zur Missmutsgemeinschaft

Ist der gegenwärtige Stand der deutsch-deutschen Dinge also keine Überraschung oder ist er doch beunruhigend? Erinnern wir uns an die Euphorie von 1989, an die (in Ost und West unterschiedliche) Begeisterung über die gewonnene Freiheit für uns Ostdeutsche und das unverhoffte historische Glück der deutschen Wiedervereinigung. Die staatliche Vereinigung, als Folge von friedlicher Revolution und Zusammenbruch des SED-Regimes, fand 1990 unter extremem Problem- und Zeitdruck statt. Gegen die immer wiederkehrende Kritik an der Art des Vereinigungsprozesses sei an die Beschleunigungsfaktoren von damals erinnert: die Ungeduld der DDR-Bevölkerung (»Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr!«), der faktische Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft nach der Öffnung der Grenze und die außenpolitische Ungewissheit, wie lange Gorbatschow an der Macht bleibt und das Ja zur deutschen Einheit gilt. Mit durchaus zwingender Konsequenz endete die revolutionäre Selbstermächtigung in einer nationalen Wende. Denn die Ostdeutschen hatten in ihrer großen Mehrheit immer mit dem Blick nach Westen gelebt. Sie hatten nationaler gefühlt, sich als Teil der gemeinsamen (Kultur-)Nation empfunden – viel mehr als die Westdeutschen. Das nationale Empfinden war für Ostdeutsche in den Zeiten der staatlichen Teilung Trost und Hoffnung.

Das Volkskammerwahl-Ergebnis vom 18. März 1990 war von unüberbietbarer Eindeutigkeit: Eine große Mehrheit der Ostdeutschen wollte – in ihrer Zukunftsunsicherheit, in ihren Hoffnungen, in ihren übergroßen, geradezu autoritären Erwartungen – so schnell wie möglich unter das rettende Dach der Bundesrepublik. Man übergab die Verantwortung für das weitere ostdeutsche Schicksal an den so beneideten, so erfolgreichen, so starken westdeutschen Staat, der doch von derselben Nation war. Personifiziert in Helmut Kohl, dem übergroßen Kanzler, der dem Ganzen eine durchaus patriarchale Prägung gab, nach dem Motto: Ich nehme euch an die Hand und führe euch ins Wirtschaftswunderland.

Aber wir wissen doch und sehen es: Je größer die Versprechen und die Erwartungen und das Glaubenwollen (an Wunder) – umso größer die späteren Enttäuschungen, bis heute!

Aus dem Zeit- und Erwartungsdruck ergab sich das Grundmuster der Vereinigung – durch Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des wunderbaren Grundgesetzes. Über

S. 35–42. Viele weitere Beiträge von mir sollten in den folgenden Jahren und Jahrzehnten im KuPoGe-Kontext folgen, die Fragen der deutschen Einheit aus kultureller Perspektive immer wieder zur Diskussion gestellt haben.

dieses Grundmuster sollte man ohne moralische oder politische Schuldzuweisungen sprechen. Es war die Vereinigung von zwei Ungleichen, von einem erfolgreichen und einem gescheiterten System. Da sind die Gewichte klar. Im Westen wirkte der Zusammenbruch des ostdeutschen Systems als Bestätigung des Status quo. Warum sollte im Westen jemand denken, bei ihm müsse sich etwas ändern, nur weil die in Leipzig den Kommunismus erledigt haben? Im Osten aber musste sich alles ändern. Die einen wurden Lehrmeister, die anderen Lehrlinge. Das ist ein schmerzliches Beziehungsverhältnis, nicht eines der Gleichrangigkeit. Es erzeugte im Osten eine langanhaltende Wirkung. Der unausweichliche Personalwechsel kam hinzu: Keine Revolution, auch eine so friedliche, kommt ohne Elitenwechsel aus, sonst ist sie keine. Der aber ist schmerzlich und lief oft ungerecht ab. Das tat und tut weh und wird beklagt, und man kann daraus einen Bestseller machen, wie Dirk Oschmann, der allerdings nur Vorurteile bestätigt und ostdeutsches Selbstbewusstsein nicht befördert.

Was mit großen Hoffnungen begann, mit geradezu autoritären Erwartungen, das mündete bei vielen Ostdeutschen – angesichts der harten, schmerzlichen Transformationen, der bitteren Umbruchserfahrungen in den 1990er und 2000er Jahren – in einem verbreiteten Gefühl von Demütigungen und Zurücksetzungen, angefeuert von den Empörungsagenturen zunächst von links und jetzt von rechts, von der AfD. Die einen offensichtlich erfolgreichen Verbitterungspopulismus betreibt, geradezu eine Missmutsgemeinschaft Ost organisiert.

Ich beklage die Unfähigkeit und Unwilligkeit vieler Ostdeutscher zu positiver Selbstwahrnehmung, ich wage gar nicht von Stolz zu sprechen. Dabei haben die Ostdeutschen allen Grund, mit Selbstbewusstsein nicht nur auf die friedliche Revolution, sondern auch auf die Bewältigung der dramatischen und schmerzlichen Transformationsprozesse zu blicken. Das war und ist doch eine große menschliche, soziale und kulturelle Leistung! Die Ostdeutschen haben einen Erfahrungsschatz gewonnen, der für die künftigen, wohl nicht weniger dramatischen Veränderungsprozesse von Vorteil sein könnte, sein sollte! Stattdessen sind Schmerz und »Veränderungerschöpfung« (Steffen Mau) verbreitet – beides ist verständlich. Gefährlich aber ist die erneute Bereitschaft vieler Ostdeutscher, glauben zu wollen – diesmal an die Botschaften der Rechtsautoritären, der Populisten und Extremisten.

Differente objektive Realitäten und subjektive Mentalitäten

Ein gespaltenes Land also? Der Osten ist auch nach 35 Jahren Einheit anders. Bleibt er gar anders, wie Steffen Mau meint? Diese Wahrnehmung kann sich auf objektive sozioökonomische Daten gründen, denn: Trotz 35-jähriger Anstrengungen und nach einem langsame, mühevollen und auch teuren Aufhol- und Angleichungsprozess gibt es gewiss noch sichtbare objektive Unterschiede zwischen West und Ost, der inzwischen ein bunter Flickenteppich von Unterschieden innerhalb Ostdeutschlands selbst geworden ist. Es gibt noch Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland beim BIP pro Kopf, bei der Arbeitsproduktivität, bei Lohn und Einkommen, bei der Arbeitslosenquote. Aber sie sind zuletzt deutlich geringer geworden. Größer sind die Differenzen beim Vermögen: eine Langzeitfolge des Systemunterschieds – im Osten konnte noch keine Erben-gesellschaft

entstehen, wie es sie im Westen gibt, im Osten gibt es viel weniger Vermögende, aber doch nicht mehr Arme als im Westen. Sodann bei der Verteilung der DAX-Unternehmen: Ostdeutschland hat noch nicht eine vergleichbare wirtschaftliche Struktur wie der Westen Deutschlands. Besonders schmerzlich ist der Unterschied in der Altersstruktur und in der Bevölkerungsentwicklung: Der Osten altert schneller, und die Abwanderung der Jungen verdirbt die Stimmung. Beim Rentenwert ist inzwischen vollständige Angleichung erreicht. Umstritten ist und bleibt das Thema der Repräsentation Ostdeutscher: Nach dem Eliten-Survey sind Ostdeutsche nur zu 11,2 % in Elitenpositionen vertreten bei einem Bevölkerungsanteil von 19 %. Das relativiert sich, denn ohne Berlin sind es nur 15 % Ostdeutsche.

Auffällig ist der deutliche Unterschied in Sachen Religion. Im Westen glauben zwei Drittel an Gott, im Osten ist es nur ein Viertel. Der Ausländeranteil, also Menschen mit Migrationshintergrund, ist im Osten deutlich niedriger, ausländerfeindliche Einstellungen aber deutlich höher. Feststellbar ist die Differenz auch in der subjektiven Bewertung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen West und Ost: Für eine Mehrheit der Westdeutschen (57 %) überwiegen die Gemeinsamkeiten, für eine Mehrheit der Ostdeutschen (ebenso 57 %) überwiegen die Unterschiede. Das ist der wunde Punkt. Er bestätigt die Prognose, dass die deutsche Einigung nicht nur ein politischer, ein rechtlicher, ein ökonomischer Prozess ist, sondern ebenso ein kultureller Prozess. Und dieser Teil ist, wie wir erleben, der mühsamere und konfliktreichere Teil.

Was sind die Einstellungen, Überzeugungen, Verhaltensweisen, Mentalitäten, die durch 40 Jahre DDR (und noch längere deutsche Vorgeschichte) geprägt, in 30 Jahren Umbruchszeit gar verstärkt, noch heute wirksam sind? In welcher Weise lassen sie die Ostdeutschen als anders, als von der westdeutschen Norm (und diese Norm ist ja selbst im Streit) abweichend erscheinen? Ich vergrößere und pauschalisiere. Es sind Prägungen durch das Leben, das Überleben in einer SED- und Stasi-Diktatur, in einem »vormund-schaftlichen Staat« (Rolf Henrich), in einer Mangelwirtschaft, in einer weltanschaulichen Erziehungsdiktatur auch, in einer wohl sehr deutschen und einer geschlossenen Gesellschaft! Das müssen wohl oder übel andere Prägungen sein als die durch eine offene Gesellschaft, eine Gesellschaft auch der Konkurrenz, eine Gesellschaft der Individualitäten und der Pluralitäten. Die DDR war auch die grimmige Idylle einer Notgemeinschaft – ihrer Bürger gegen die obrigkeitlichen Zudringlichkeiten und den alltäglichen Mangel einer Misswirtschaft. Viele Ostdeutsche erinnern sich gern an ihre Solidaritätserfahrungen und haben offensichtlich ein großes Solidaritätsbedürfnis, das ihnen nun allerdings die Gesellschaft der Freiheit als kalt erscheinen lässt, und sich selbst erwärmen sie am Bild des besseren, weil solidarischen Menschen.

Die DDR hat sich offiziell als Staat gewordener Antifaschismus definiert. In der es gewiss, zumal in ihren Anfängen, authentischen, aber mehr und mehr autoritären, verordneten Antifaschismus gab – mit zwiespältigen Wirkungen, die nach 1989 in Ostdeutschland offenbar wurden. Der Umgang der DDR mit der Nazi-Vergangenheit hatte eine fatale Schlagseite, er enthielt eine doppelte Verdrängung: Der Antisemitismus als entscheidendes Merkmal der Nazi-Ideologie und -Verbrechen wurde fast unterschlagen. Und die Schuld wurde in den Westen verschoben. (Man kann in den Büchern von Ines Geipel viel über das Ineinander von unbearbeiteten braunen und roten Diktaturprägungen nachlesen.)

Zu den Nachwirkungen der DDR zählt ein zäher ostdeutscher Minderwertigkeitskomplex. Die Ostdeutschen haben immer mit dem Blick nach Westen gelebt, sie sind jeden Abend via Fernsehen in den Westen ausgewandert und haben sich deshalb unvermeidlich als die schwächeren, weniger erfolgreichen Deutschen empfunden. Und dieses Gefühl ist zäh. Es ist eben nicht erst durch die »Zurücksetzungs«-Erfahrungen der 1990er/2000er Jahre entstanden. Schon 1970 hat Uwe Johnson, der Autor der deutschen Thematik schlechthin, beschrieben, dass die DDR ihre Leute mit der Einbildung ihrer eigenen Minderwertigkeit angesteckt habe. Minderwertigkeitsgefühle aber machen wütend.

Mangelndes Selbstbewusstsein als politisches Problem

Das ostdeutsche Selbstbewusstsein ist empfindlich und labil und verlangt nach Anerkennung der eigenen Lebensleistung (ich verstehe das gut) – nach der Erfahrung von deren Entwertung und des Entschwindens der alten Verheißungen. Es gibt unübersehbar ein West-Ost-Gefälle der Sicherheiten und Gewissheiten nach so viel radikalem Umbruch 1989/90 und in den Jahrzehnten danach. Wie hätte in der DDR, in dieser fürsorglichen Diktatur und geschlossenen Gesellschaft, eine breite selbstbewusste Bürgerschaft entstehen sollen? Das blieb die Ausnahme. Die friedliche Revolution 1989 ist von einer Minderheit angezettelt worden. Das wirkt nach und weiter. Die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland ist schwächer, die Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen deutlich niedriger. Das schwächt Demokratie.

An die Verwirklichung des kommunistischen Ideals einer gerechten Gesellschaft, das die SED-Ideologie propagiert hatte, haben nach und nach immer weniger geglaubt. Aber geblieben ist bei vielen Ostdeutschen ein starkes Gleichheitsbedürfnis. Es ist verbunden mit sozialen Harmonievorstellungen und kulturellen Homogenitätsbedürfnissen. Dies zusammen erschwert die Gewöhnung an und die Zustimmung zu einer konfliktreich-pluralistischen Gesellschaft. Aus einer geschlossenen Gesellschaft gekommen und davon geprägt, ist das Ja zu Fremden und zu Fremdem besonders mühselig.

Die Geschichte der DDR ist auch eine Geschichte ihrer Entbürgerlichung. Wolfgang Engler, ein ostdeutscher Soziologe, hat dies ins Positive gewendet und die DDR als »arbeiterliche Gesellschaft« beschrieben. Das war auch eine Art der Entpolitisierung in Richtung einer »Nischengesellschaft« (Günter Gaus). Man denke nur an die traurige Rolle der Gewerkschaften in der DDR – mit der Folge eines heute feststellbaren extrem niedrigen Organisationsgrades im Osten. Dabei waren und sind die Gewerkschaften, wenn man schon nichts mehr von Parteien wissen will, die Möglichkeit, für die eigenen Interessen einzutreten und nicht alles von oben und vom Westen zu erwarten.

Genau das gehört zur wirksamen Erbschaft der DDR: Viele Ostdeutsche schleppen eine eigentümlich ambivalente Staatsfixierung mit sich. Die DDR war eine Diktatur, ein obrigkeitlicher Staat, der alles anordnete, der für alles zuständig war – und wenn er nicht lieferte, verachtete man ihn zutiefst. Selbstverantwortung war nicht gefragt, war dem SED-Staat verdächtig. Eine zutiefst autoritäre Prägung! Sie wirkt weiter: Man erwartet alles von »denen da oben«, vom Westen – und da man die Wunder nicht geliefert be-

kommt, alles viel mehr zu langsam und schmerzlich abläuft, verachtet man das Personal und System der Demokratie.

Ist das alles nur spezifisch ostdeutsch? Vermutlich nicht ganz. Es ist jedenfalls nicht nur Vergangenheit, sondern bedrückende Gegenwart. Die autoritäre Versuchung, antidemokratische Entwicklungen, die Gefährdung und Zerstörung von Demokratien nicht nur von außen, sondern von innen, auch durch demokratische Wahlen – all das liegt im Trend, ist auf dem Vormarsch, weltweit. Schauen wir uns um: 70 % der Weltbevölkerung leben in Staaten, die nicht demokratisch regiert werden. Unsere Art liberaler, rechtsstaatlicher und sozialstaatlicher Demokratie ist die Ausnahme, nicht die Regel. Der amerikanische Historiker Timothy Snyder hat kürzlich (nach Trumps Machtübernahme) gesagt, Deutschland sei jetzt die wichtigste Demokratie der Welt. Das beschreibt die Verantwortung der handelnden Politiker und der Bürger in Deutschland gleichermaßen.

Ein gefährliches Momentum – angesichts von Polykrisen und schmerzlichen Veränderungsnotwendigkeiten! Keine idyllischen Zeiten, in denen Kriege näher rücken, die vertraute Ordnung unserer Sicherheit gefährdet ist, globale Regeln in Frage stehen, in denen Migrationen und demografischer Wandel, ethnische und kulturelle Pluralisierung unserer Gesellschaft, Digitalisierung und KI sowie die dringend notwendige ökologische Überlebenspolitik unser Land herausfordern und Ost und West gleichermaßen betreffen! Dies ist eine Problemsituation, die uns verbindet, verbinden sollte und die so heftig emotionalisierten West-Ost-Gegensätze relativieren könnte!

Es geht ja wirklich nicht mehr um eine ostdeutsche Sonderproblematik. Die radikalen Veränderungsprozesse, die von vielen Menschen als bedrohlich empfundenen Beschleunigungen und Entgrenzungen durch die Globalisierung, die Migrationsschübe, die Veränderung der Arbeitswelt durch die digitale Transformation, die ökologische Bedrohung, die zu Änderungen unserer Lebensweise zwingt, die weitere ethnische, kulturell-religiös-weltanschauliche Pluralisierung unserer Gesellschaft, die Ängstigungen durch eine »Welt in Unordnung« (Herfried Münkler), das alles verstärkt auf offensichtlich dramatische Weise das individuelle und kollektive Bedürfnis nach neuen (und auch alten) Vergewisserungen und Sicherheiten, nach Identität und Beheimatung.

Weiter zusammenwachsen mit Kultur

Darauf muss die Demokratie, müssen die Demokraten Antworten finden. Vor allem auch, weil die Gefühle der Unsicherheit, der Gefährdung des Vertrauten und Gewohnheiten, der Infragestellung dessen, was Halt gibt und Zusammenhalt sichert, höchst ungleich verteilt sind. So gibt es – drei Jahrzehnte nach friedlicher Revolution und deutscher Einheit – eine West-Ost-Ungleichheit der Sicherheiten und Gewissheiten: nach den ostdeutschen Erfahrungen eines Systemwechsels, eines radikalen Umbruchs sowohl ökonomisch-sozialer wie moralisch-kultureller Art, nach dem vielfachen Erlebnis der Entwertung und des Entschwindens der eigenen Lebenserfahrungen und Lebensleistungen.

Diese Ost-West-Differenz wahr- und ernst zu nehmen und zu bearbeiten, das ist Auftrag von Kultur, das macht Kultur in Umbruchszeiten so besonders wichtig. Sie ist

der Raum der Reflexion des uns Abverlangten und viele überfordernden Wandels. Die Kultur, und darin insbesondere die Künste, ist der Ort, wo über Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über das Eigene und das Fremde reflektiert, gestritten, gespielt und gehandelt wird. Sie schafft mit ihren Institutionen und Akteuren die Erfahrungsräume für, wie ich es in dem schon oben zitierten Vortrag in der Evangelischen Akademie Loccum auch genannt habe, menschenverträgliche Ungleichzeitigkeit.

Gerade zwischen den Ostdeutschen ist die gleichermaßen selbstkritische wie selbstbewusste Debatte von besonderer Relevanz. Man sollte die Ostdeutschen dabei allerdings nicht unter sich lassen und nicht nur denen zuhören, die ihre Ressentiments artikulieren und bestätigt sehen wollen. Eine vielstimmige Debatte ist notwendig, in der die gegensätzlichen Erfahrungen von vor 1989 und danach zu Wort kommen. Nicht nur der Opferdiskurs, nicht vor allem identitätspolitische Selbstbehauptungen, sondern Streit um die Bewertung von Erinnertem, von Fehlentwicklungen und von Erfolgen gehören ins Zentrum. Die fatalen DDR-Gleichsetzungen (DDR 2.o, Stasi-Methoden, staatshörige Medien ...) zeigen, wie viel unbearbeitete DDR-Vergangenheit und bittere Transformationserfahrungen der 1990er Jahre nach wie vor virulent sind und wie sehr Ostdeutschland emotional und kulturell zerstritten ist.

Offensichtlich ist die DDR-Vergangenheit noch längst nicht ausgestanden, obwohl sie doch seit 35 Jahren Gegenstand intensiver wissenschaftlicher Forschung und kultureller Beschäftigung ist. Die massenhafte, persönliche und familiäre Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist fragmentarisch geblieben, eine Mehrheit schwankt zwischen trotziger Verteidigung der eigenen Biografie, dem Nachtrauern über verpasste Chancen, Klagen über Benachteiligung und »Kolonisierung«, Vorwürfen an »den Westen«, an »die da oben« – und sehr viel Sprachlosigkeit.

Weiterwirkende und neu aufbrechende Ost-West-Differenzen sind nicht nur ökonomisch-sozialer Art, sondern ganz wesentlich kultureller Natur: Unterschiede, ja Gegensätze in der Selbstwahrnehmung, im Anerkennungsbedürfnis, im Werte- und Demokratieverständnis. Das eben verlangt nach kultureller Bearbeitung, nach kommunikativer Anstrengung, das gehört auf die Bühne, in den Film, in die Literatur, in das gesellschaftliche Gespräch – damit allmählich überwunden werden kann, was man vorwurfsvoll die Pflege von Vorurteilen und Fremdheiten nennen kann. Bisher waren es vor allem Autoren und Künstler aus Ostdeutschland, die sich mit der »Wende«, mit dem Umbruch und den Aufbrüchen der 1990er und 2000er Jahre befasst haben. Nur sie scheinen offensichtlich betroffen zu sein. Welch Irrtum. Friedliche Revolution und Wiedervereinigung haben nicht nur die ostdeutsche Welt radikal verändert, sondern Deutschland insgesamt, auch wenn das im Westen zunächst beinahe unmerklich, aber dann doch immer sichtbarer der Fall war. »Bewältigt« oder »aufgearbeitet« ist das Ganze noch längst nicht, wie gerade auch der immer mal wiederkehrende Streit um die Bewertung von 1989 zeigt: Eine Revolution? Ein Zusammenbruch? Eine Übernahme? Eine verpasste Chance? Anlass zum Hadern oder für fortdauernde Glücksgefühle? Stoff(e) immer noch genug für die Künste, für den öffentlichen Streit.

Nach 35 Jahren deutscher Einheit sehen und erleben wir längst, wie sehr ostdeutsche Akteure die Kultur im gemeinsamen Land prägen. Was wären deutsche Literatur, Theater, bildende Künste, Film und Fernsehen, Rock- und Pop-Szene ohne die Ostdeutschen! Vielleicht lässt sich sogar sagen, dass die Künste die Avantgarde nicht nur im innerdeut-

schen Streit, sondern auch im Zusammenwachsen waren und sind. Man erinnere sich an die exemplarisch-bitteren Auseinandersetzungen, z.B. an den Literaturstreit um Christa Wolf, an die Querelen um die Vereinigung der beiden Berliner Akademien der Künste, an den endlosen Bilderstreit. Aber man nehme bitte auch die unübersehbaren und anhaltenden Erfolge ostdeutscher Autoren und bildender Künstler in den vergangenen 30 Jahren wahr, ihre Namensliste wäre ziemlich lang. Da ist – nach den Ab- und Umbrüchen der 1990er Jahre – zusammengewachsen, was zusammengehört. Wie hieß es doch in Artikel 35 des Einigungsvertrags: »In den Jahren der Teilung waren Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung beider Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation«. Sollte das etwa nicht mehr gelten im staatlich vereinigten Land?!

Im Einigungsvertrag war die Verpflichtung formuliert, die »kulturelle Substanz« Ostdeutschlands zu erhalten. Dieser Auftrag bezog sich auf die vielfältige Kulturlandschaft ebenso wie darauf, dass in der DDR kulturell Bedeutsames bewahrt und neu geschaffen worden ist. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung ist in den vergangenen Jahrzehnten sehr viel geleistet worden, trotzdem gilt der Auftrag weiter. Ja, er sollte sich nicht nur auf den Osten, sondern auf die Kultur im ganzen vereinigten Deutschland beziehen. Es bleibt ein Manko, dass es nicht gelingen will, Kultur als Staatsziel in unser Grundgesetz einzutragen. Es ist ferner auch bedauerlich, die gemeinsame Sprache – ganz selbstverständlich in vielen Ländern – nicht in unserer Verfassung zu verankern!

Kultur war einigendes Band in Zeiten der Teilung, war Vorhof der friedlichen Revolution, war Akteursraum der Veränderungen und ist nun Raum und Modus, in dem die Wert- und Identitätskonflikte einer widersprüchlichen und pluralistischer werdenden Gesellschaft in dramatischen Veränderungszeiten ausgetragen werden. Die deutsch-deutschen Differenzen sind nur ein – hoffentlich kleiner werdender – Teil davon. Die kulturelle Dimension des gemeinsamen Deutschlands ist auch in Zukunft eine der wichtigeren politischen Gestaltungsaufgaben.